

Kleine Anfrage 1121

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Akteneinsicht bei Straftaten

Das durch Art. 56 Abs. 3 Landesverfassung gewährte Recht auf Akteneinsicht für Abgeordnete des Landtages stellt sicher, dass Mitglieder des Parlaments und insbesondere die Opposition Zugang zu Informationen erhalten, um effektiv die Landesregierung kontrollieren zu können. Gleichwohl ist die Einsichtnahme in Strafakten sehr umstritten. Es besteht sowohl die Gefahr, dass empfindliche personenbezogene Daten durch das Recht auf Einsichtnahme nicht den erforderlichen Schutz erhalten, als auch das Risiko, dass Inhalte zu politischen Gegnern instrumentalisiert werden. Gegenwärtig werden aufgrund der Änderung des § 480 StPO Anträge auf Akteneinsicht in Strafakten nicht genehmigt. Nach Aussage des Brandenburger Ministeriums der Justiz besteht somit ein Unterschied zur früheren Praxis.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Akteneinsicht in Strafverfahren wurden von Abgeordneten des Landtages in den Jahren 2004 bis 2019 gestellt? Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Fraktionszugehörigkeit der Antragsteller.
2. In wie vielen Fällen wurde Akteneinsicht gewährt?
3. In wie vielen Fällen der gewährten Akteneinsicht handelte es sich um Akten von Strafverfahren mit politisch motiviertem Hintergrund?